

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postbestellungen und Verträge, unter Ausschluss der Haftung, sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprechnummer: Amt Wilsdruff Nr. 206. — Jeder Abonnent hat den Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Postanstalt. Rückzahlung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wagenpreise laut alljährlichem Tarif Nr. 4. — Nachweisungsgebühr: 20 Kpf. — Verordnungs- und Bescheidungsgebühren werden nach Möglichkeit befreit. — Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. — Durch Fernruf bestellte Anzeigen werden nicht angenommen. — Jeder Redaktionsantrag ist zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprechnummer: Amt Wilsdruff Nr. 206. — Jeder Abonnent hat den Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Postanstalt. Rückzahlung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 129 — 94. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 5. Juni 1935

Achtung vor dem Volkstum!

Vom Sinn der Königsberger Pfingsttagung des Volksbundes für das Volkstum im Ausland.

Ostpreußen, das Gastland der 55. Jahrestagung des Volksbundes für das Volkstum im Ausland, ist ein Symbol für dieses traditionelle volksdeutsche Treffen. Einst jagten die Polen und Niedersachsen, die Schweizer, Thüringer, die Sudetendeutschen, die Salzburger und die Franken gen Osten und siedelten. So wurde Ostpreußen ein Land aller deutschen Stämme. Auf seinem Grunde fanden sie sich, alle Deutschen, zu gemeinsamer Arbeit. An dieses geschichtliche Vorbild der Einheit unseres Volkstums knüpft der VDA, der Volksbund für das Volkstum im Ausland an, wenn er zu seiner diesjährigen Pfingsttagung nach dem Ostlande ruft. Stehen doch diese Tagungen im Zeichen der volksmäßigen Verbundenheit aller deutschen Stämme. Deutsche aus aller Welt werden sich in Königsberg zu der kulturellen Gemeinschaft des deutschen Hundertmillionenvolkes, das auf alle fünf Erdteile zerstreut ist, bekennen. Der VDA wird erneut dafür Zeugnis ablegen, daß er Treuhänder des ganzen Volkes ist, um gesamtdeutschen Aufgaben zu dienen.

Auch von einem anderen Blickfeld ist Ostpreußen ein Sinnbild volksdeutscher Denks: Ostpreußen ist nicht eine Insel des Reiches inmitten fremder Staatlichkeit, es ist eine Brücke zu den Auslandsdeutschen in Memel, im Baltikum und in Polen. Möge die Ostlandtagung des VDA dazu beitragen, jedem Deutschen im Reich dieses Bewußtsein lebendig zu machen. Denn unsere Volksgenossen draußen stehen im aufreibenden Selbstbehaltungskampf und brauchen die stärkste Bewußtheit: Das gesamte deutsche Volk steht geschlossen hinter uns. Jedes Volk, das man uns zulieft, trifft das ganze Volk. Und unser Schicksal ist aller Schicksal.

In Königsberg wird der VDA, Rudolf Hau halten auf die Leistungen und Erfolge des letzten Arbeitsjahres. Nicht nur die Zahl seiner Gruppen und Mitglieder hat sich im weiteren Verlaufe des 1933 begonnenen volksdeutschen Aufstiegs im Reich bedeutend vergrößert. Auch seine finanziellen Leistungen sind erfreulich gestiegen. Der Vereinsrat hat sich bei der Tagung in Vassau, Pfingsten 1933, ausgesprochen. Aus dem Verein gestaltet sich immer mehr ein Volksbund. Der nationalsozialistische Staat ist auf Volkstum gegründet. Daher muß sich jeder Reichsbürger, wie der Innenminister des Reiches bei der letzten Pfingsttagung des VDA, ausprägen, dessen Bewußt sein, daß er nicht nur Staatsbürger, sondern auch Volksgenosse ist, der Verpflichtungen dem gesamten deutschen Volkstum gegenüber auf sich zu nehmen hat. Innerhalb dieser Linie vollzog sich die innerdeutsche Entwicklung des VDA im letzten Jahre, das nach 1933, dem Jahre des Aufstiegs und des volksdeutschen Durchbruchs, ein Jahr des Ausbaus und der Festigung war.

Rach außen gesehen wird der VDA in Königsberg die Achtung vor der Hoheit unseres deutschen Volkstums fordern. Wie der Führer in seiner letzten großen Rede vor dem Reichstag erneut der Welt verkündete, wünschen wir kein Germanisieren. Wenn wir Deutsche zum VDA nach Königsberg fahren, so wollen wir keine Staaten angreifen und keine Grenzen verschieben. Der Führer der Polen im Reich, Dr. Kaczmarek, hat erst kürzlich einem dänischen Journalisten bezeugt, daß sich die Lage der Auslandsdeutschen im nationalsozialistischen Reich günstiger gestaltet hat. So wie wir fremdes Volkstum achten, verlangen wir auch, daß deutsches Volkstum geachtet wird. Was auch der „Weltverband der Auslandsdeutschen“ oder die Vereine der Auslandsdeutschen und -Ester für ihr Volk in Anspruch nehmen, genau das gleiche Recht fordern wir Deutsche für die fünfundsiebzig Millionen unserer Volksgenossen, die nicht das Glück haben, im Mutterlande zu leben. Wir leben die Geschichte von den ewigen Werten des Volkstums aus und erkennen, daß Jahrhunderte währende staatliche Machtkämpfe im günstigsten Falle nur die Oberfläche eines getrockneten fremden Volkstums anzurichten imstande sind. Die Substanz des Volkstums aber und die breiteren Schichten können nicht mit den heillosen Mitteln staatlicher Entnationalisierung vernichtet werden. Nur die gegen seitige Achtung vor dem Volkstum kann unermesslich so zerklüfteten und zerrissenen Erdteil aufrichtigen Frieden und der Menschheit neues Leben geben. Das ist die weltpolitische Bedeutung der deutschen Volkstumsarbeit, wie sie auf der Pfingsttagung des VDA in Königsberg einen ihrer Höhepunkte erleben wird.

Dr. Walter Starl

Unser höchstes Gut ist ein gesundes, lebensstarkes Volk. Wir schaffen es, wenn wir gesunde, deutsche Mütter und gesunde Kinder dem deutsche Volk erhalten! Für dieses Ziel kämpft die NS-Volkswohlfahrt! Kämpfe auch Du mit!

Das Kabinett Bouisson wieder gestürzt

Die Kammer verweigert mit knapper Mehrheit die Vollmachten

Die französische Kammer hat am Dienstagabend bei der entscheidenden Abstimmung über den Ermächtigungsgesetzentwurf das neue Kabinett Bouisson gestürzt. Mit der äußerst knappen Mehrheit von 264 gegen 262 Stimmen verweigerte das Parlament der Regierung die verlangten Vollmachten zur Verteidigung des Franken und zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Die Kammer war bereits am Nachmittag zusammengetreten, um die Regierungserklärung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Das Haus bot das Bild eines großen parlamentarischen Tages. Ministerpräsident Bouisson, seit neun Jahren zum erstenmal nicht mehr auf dem Hochsitz des Kammerpräsidenten, der sozusagen seine persönliche Domäne geworden war, verlas die knapp gehaltene Erklärung, die in gleicher Form von Justizminister Pernolet im Senat bekanntgegeben wurde.

Die Regierungserklärung.

Die neue Regierung stelle die dreifache Einheit dar, die seit dem Kriege verwirklicht werden konnte, so hieß es in der Erklärung. Bisherige Gegner hätten sich zusammengefunden, um die nationale Währung aufrechtzuerhalten und die Finanzen und die Wirtschaft des Landes wiederherzustellen. In einer außerordentlichen Lage bedürfe es äußerster Anstrengungen, die, um wirksam zu sein, sofort angewendet werden müßten. Die erweiterten aber begrenzten und zeitweiligen Vollmachten, die die Regierung fordere, sollten ihr die Möglichkeit geben, sofort die Spekulation zu brechen und den Franken vor jedem Angriff zu sichern. Ihre Ziele seien aber noch weiter gefaßt. Die Finanzen und die Wirtschaft Frankreichs, die durch eine seit fünf Jahren andauernde Krise erschüttert seien, müßten zur Befundung gebracht werden. Das fordere wieder eine neue Anstrengung, um das Gleichgewicht des Budgets herzustellen. Dabei werde nichts verschmäht werden, um die verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens anzuregen und den Auslandsverkehr mit dem Auslande zu beleben.

Nach der Verlesung der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten wurden die Interpellationsanträge bekanntgegeben. Ministerpräsident Bouisson verlangte sofort Vertagung ihrer Beratung unter Stellung der Vertrauensfrage. Bei dieser ersten Abstimmung siegte die Regierung noch mit 390 gegen 192 Stimmen!

Dann wurde von Ministerpräsident Bouisson das Ermächtigungsgesetz eingebracht, das der Regierung bis zum 31. Oktober 1935 alle diejenigen Vollmachten geben sollte, die geeignet wären, die Sanierung der Staatsfinanzen zu verwirklichen, die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Betätigung zu ermöglichen und die Beeinträchtigung des öffentlichen Kredit zu verhüten und zu unterbinden. Dieses Gesetz überwiegt man zunächst verfassungsmäßig dem Finanzaußen der Kammer und verlagte die Sitzung auf eine Stunde.

Nach ihrer Wiederaufnahme erklärte der Generalberichterstatter des Finanzausschusses, daß der Gesetzentwurf mit 19 gegen 18 Stimmen vom Ausschuss gebilligt worden sei — also mit einer außerordentlich knappen Mehrheit, die beweist, wie nahe das neue Kabinett daran war, wie sein Vorgänger schon im Ausschuss zu scheitern.

Bei der Stimmung der Kammer war zunächst anzunehmen, daß die Regierung mit ihrem Gesetzesantrag durchkommen werde. Jedoch war viel bemerkt worden, daß ein großer Teil der Radikalsozialisten die Regierungserklärung mit eisigen Schreien aufgenommen und nur eine Minderheit dieser ausschlaggebenden Gruppe dem Ministerpräsidenten Beifall spendet hatte. Schon bei der mittags abgehaltenen Sitzung der Radikalsozialisten kam es zu so heftigen Auseinandersetzungen.

Daß Staatsminister Herriot den Sitzungsaal mit der Erklärung verließ, er werde den Parteivorstand niederlegen.

Nur mit Mühe konnte er von seinen näheren Freunden bewegt werden, diesen Entschluß zurückzunehmen, aber die Gegenfälle innerhalb der radikalsozialen Gruppe waren damit nur äußerlich gelindert und führten somit zum Sturz des Kabinetts Bouisson bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Nachdem am Schluß einer verhältnismäßig kurzen Debatte über das Vollmachtengesetz Finanzminister Callaux sich als unbedingter Gegner jeder Abwertung bekannte und Ministerpräsident Bouisson einen dringenden Appell an die Parteien des Hauses und besonders an die Radikalsozialisten gerichtet hatte, erfolgte

die Abstimmung, für die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte. Sie erbrachte die Ablehnung des Regierungsantrages mit 264 gegen 262 Stimmen.

Was nun werden soll, liegt völlig im Dunkeln. Das Kabinett begab sich nach seiner Kammerniederlage sofort zum Präsidenten der Republik, um seine Demission anzugeben.

Es ist kaum anzunehmen, daß es so schnell gelingen wird, einen Politiker zu finden, der sich jetzt für die sozusagene politische Aufgabe hergibt, noch einmal den Kampf mit diesem Parlament aufzunehmen. In politischen Kreisen hört man jetzt davon sprechen, daß dem Präsidenten Lebrun nichts anderes übrigbleiben wird, als die Kammer aufzulösen.

Bouisson lehnt Regierungsbildung ab. Jeanneney Nachfolger Bouissons? Große Erregung u. Zwischenfälle in Paris

Paris, 5. Juni. Der Präsident der Republik scheint entschlossen zu sein, die durch den Sturz des Kabinetts Bouisson ausgebrochene neue Krise so schnell als möglich zu lösen, weil man andernfalls äußerst ungünstige Auswirkungen auf die politische und wirtschaftliche Lage und namentlich auf die Haltung des Franken befürchtet. In politischen Kreisen wurde im Laufe des Abends Laval als die geeignete Persönlichkeit für die Bildung einer einigermaßen dauerhaften Regierung bezeichnet. Tatsächlich hat der Staatspräsident den Außenminister empfangen und ihm gegenüber anscheinend auch den Wunsch, die Regierungsbildung zu übernehmen, geäußert. Ob Laval abgelehnt hat, steht noch nicht fest. Man erklärt nur, daß er dem Präsidenten Lebrun vorgeschlagen habe, es noch einmal mit Bouisson zu versuchen, der jedoch auf Grund einer weiteren Besprechung mit dem Staatschef erklärte: „Ich nehme nicht an!“ — Bouisson hat den Vertretern der Presse mitgeteilt, daß er für die Betreuung des Senatspräsidenten Jeanneney vorgeschlagen habe. Die Folgen der Regierungskrise, in der man bereits Anzeichen für eine Regimenterneuerung fürchtete, haben sich im Laufe des Abends geltend gemacht. Rechtsstehende Gruppen, vor allem Mitglieder der royalistischen Action Française, sind auf die Straße gezogen, um ihren Unwillen über die Lage Ausdruck zu geben. Im Quartier Latin und auf den übrigen großen Boulevards herrscht ziemliche Erregung. Am Opernplatz ist es zu bedauerlichen Zwischenfällen gekommen, in dem Augenblick, als die Besucher der unter Artwänglers Leitung stehenden „Mollère“-Aufführung das Operngebäude betraten. Junge Burchen, die den sogenannten sozialistischen Verbänden angehören, versuchten, die Masse am Betreten der Oper zu hindern und führten einen Höllenlärm auf. Ein starkes Polizeiaufgebot eilte auf zwei Lastwagen herbei, um Weiterungen zu verhindern. Mehrere der Aufständischen wurden verhaftet. Ansammlungen von rechtsstehenden Studenten und Angehörigen der Jeunesse Patriote wurden aus dem Luxemburg-Viertel gemeldet.

Eine Warnung Laval's an das Parlament

Paris, 5. Juni. Außenminister Laval gab nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten der Republik, in der er vorschlug, Bouisson erneut mit der Regierungsbildung zu betrauen, der Presse folgende Erklärung ab: „Ich bedauere die Abstimmung der Kammer. Ich bleibe den demokratischen Einrichtungen und der öffentlichen Freiheit zugetan, aber, um sie hochzuhalten, darf man den öffentlichen Kredit und die Autorität des Staates nicht in Gefahr bringen. Ich habe die Ehre, seit mehreren Monaten die auswärtige Politik Frankreichs zu leiten. Auf diesem Gebiet mehr als auf irgendeinem anderen muß Frankreich stark bleiben. Die Leiter der Außenpolitik werden die notwendige Autorität haben nur in dem Maße, als der öffentliche Kredit des Landes nicht beeinträchtigt wird. Europa ist unruhig; der Friede ist ungewiß, und meine ganzen Bestrebungen sind darauf gerichtet, ihm eine feste Grundlage zu geben. Die politische Krise in unserem Lande schwächt die Autorität Frankreichs. Niemand bleibt geeigneter als mein Freund Bouisson, die Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß er neun Jahre hindurch das Amt als Kammerpräsident bekleidet hat, zeigt, daß er der Schlichter der Parteien bleibt. Ich verstehe das Fögern des Parlaments, auf seine Fortrechte zu verzichten, aber das Parlament muß einsehen, daß nach dieser doppelten Krise es sich nicht länger seinen Pflichten entziehen kann. Die Empathieumgebung, die die Kammer Fernand Bouisson nach der Abstimmung beteilte, beweist, daß die Abstimmung seinen persönlichen Charakter trug. Ich habe beim Präsidenten der Republik darauf bestanden, daß Bouisson erneut berufen wird.“